

Die Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 2.00 Reichsmark. Der Preis für den Auslandsendvertrieb beträgt 2.50 Reichsmark. Die Zeitung wird auch Einzelhefte zu 0.25 Reichsmark abgegeben. Die Preisliste wird nach Bedarf-Jahresbeständen auf Verlangen mitgeteilt. Die Preisliste wird nach Bedarf-Jahresbeständen auf Verlangen mitgeteilt. Die Preisliste wird nach Bedarf-Jahresbeständen auf Verlangen mitgeteilt.

Neues in Kürze.

Der Herr Reichspräsident empfing gestern u. a. den spanischen Botschafter sowie den Befehlshaber der amerikanischen Geschwadern in Europa, Vizeadmiral Roger Weeler, dessen Flaggschiff, der Kreuzer Memphis, sich zurzeit in Kiel befindet. Der Admiral war zum Kapitän und den höchsten Offizieren des Kreuzers sowie dem amerikanischen Geschäftsträger und Marinetausachs begleitet.

Lord d'Abernoyn ist von London nach Berlin abgereist, um sich vom Reichspräsidenten von Hindenburg anlässlich seines Rücktritts als britischer Botschafter in Berlin offiziell zu verabschieden. Er wird voraussichtlich etwas über zwei Wochen in Berlin bleiben.

In Preußen betrug die Gesamtzahl aller Prüflinge für das höhere Lehramt im Jahre 1925/26 640, darunter 100 weibliche. Die Prüfung bestanden haben 510, darunter 135 weibliche, nicht bestanden 124, darunter 25 weibliche.

Das Minister französische Militärgericht hat in Ausführung des Kolonialer Abkommens sämtliche Straftaten zurückgegeben. — Im rheinischen Gebiet haben in den letzten Tagen Abtransporte französischer Truppen nach Frankreich begonnen. Es handelt sich jetzt um die Befreiungsoperationen, die vor den Genfer Verhandlungen beabsichtigt worden ist.

Der Brigadegeneral Trouillon ist zum Generalstabschef der französischen Rheinarmee ernannt worden.

Das Pariser „Journal Officiel“ veröffentlichte am 24. Sept. das folgende Kommunique: Man hat bereits angefangen 30 Millionen Gulden anleihe in Obligationen zu tausend Gulden zu einem Zinssatz von 7 Prozent in Holland anzulegen.

Wie Pariser „Journal“ aus Voss berichtet, haben die sozialistischen Gemeindevertreter sich in einer Gemeinderatsitzung erneut gegen die Befreiung des Bürgermeisters durch Sozialisten ausgesprochen, weil er gegen ihren Willen Mitglied eines Kabinetts Poincaré ist.

Der Nationalausschuss des belgischen Bergarbeiterverbandes hat sich zugunsten einer Aktion für die englischen Bergarbeiter ausgesprochen, für den Fall, daß die Verbände Deutschlands, Amerikas und Polens das Gleiche täten. Im übrigen wurde eine neue Unterfertigung in Höhe von 100 000 Franken gebilligt, wodurch der dem belgischen Verband bisher geleistete Unterstützungsbeitrag für die englischen Bergarbeiter sich auf 500 000 Franken erhöht.

Der „Matin“ meldet aus Spanien: Drei Eskadronen wurden zwei Kilometer nordwestlich von Damastus in lebhaftes Gefechte mit den Druzen verwickelt. Der Gegner stießerte unter Zurücklassung von zehn Toten.

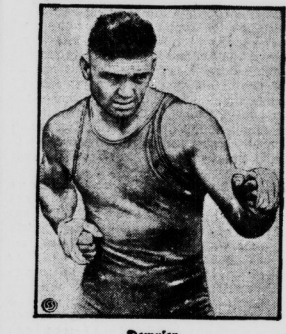
In Genf fand eine Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente statt, in der laut offiziellem Kommunique die Befriedigung über die Genfer Ergebnisse und volle Einigkeit der Kleinen Entente festgestellt wurde.

Der Bruder Mussolini veröffentlicht im „Popolo d'Italia“ einen Aufruf zur Befreiung Eritreas — Eritrea, der mit dem warnenden Worten schließt: „Wir begrüssen alles, was den Frieden in Europa fördern kann. Aber wir bleiben wachsam, damit nicht unter dem Deckmantel der Humanität und des Völkerechts irgendein Mittel gefunden werde, um die Lebenskraft und unantastbaren Rechte anderer junger und freier Völker zu unterdrücken.“

Gestern wurde in Rom auf dem Kapitol der Kongress der Amerikaner eröffnet, bei dem 30 Nationen vertreten sind, feierlich eröffnet. In einer Ansprache sprach Mussolini seine Freude über die Wahl Roms als Kongressort aus und wünschte, daß die Fortdauer über das vorläufige Amerika in immer bedeutsameren Ergebnissen führen möge.

Nach einem Bericht des Londoner „Daily Chronicle“ aus Gibraltar befindet sich Spanien in einer großen Krise. Die augustinische Lage ist unerträglich. Einmal der König aber keine Heilung mehr geben. Wahrscheinlich werde die Hilfe der Alben zu suchen. Sein Nachfolger werde voraussichtlich der Vizepräsident der angestrichelten Poincaré, Martheau, werden.

Boxmeister Dempsey geschlagen.



Dempsey.



Tanneo.

Vor über 150 000 Zuschauern fand gestern in Philadelphia bei mit Spannung erwarteter Begegnung des Jahrgangskampfes die Schiedsrichter dem Tanneo den Sieg nach Punkten zuerkennen, brach im Publikum ein ungeheurer Beifall für Tanneo aus. (Ausführlicher Bericht I. im Sportteil.)

Dr. Stresemann bei Hindenburg.

Amlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing gestern um 6 Uhr den Reichsminister Dr. Stresemann zum Bericht über die Genfer Verhandlungen. Nach dem eine einstündigen Vortrag dankte der Herr Reichspräsident dem Reichsaussenminister für seine mühselige Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jetzt angestrichelten Verhandlungen zur Lösung der noch schwebenden schwierigen Fragen und zur baldigen Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes führen möchten.

Durch dieses Kommunique wird den Gerüchten von Hindenburgs Ablehnung der Stresemannschen Frontpolitik die Spitze abgezogen, andererseits klar gesagt, daß für Hindenburg die baldige Befreiung des Rhein- und Saargebietes Voraussetzung einer deutsch-französischen Annäherung ist.

Poincaré hat das Wort.

Reichspräsident Poincaré hat in einem gestern vormittag abgehaltenen Kabinettsbesitz, an dem Briand und Lardie nicht teilnahmen, den Inhalt der Rede bekanntgegeben, die er am Montag in Paris-Duc vor dem dortigen Generalrat zu halten gedenkt. Er fand, wie es in dem amtlichen Communiqué heißt, einstimmige Billigung. Die Kommentare der Pariser Blätter sind heute ganz auf die Erwartungen eingeleitet auf Poincarés große politische Rede am Montag in Paris-Duc, die der „Matin“ die Aufschrift „Ein Stresemann nennt.“

Die Kommission zur Prüfung der technischen Fragen, die sich aus den Briand-Stresemannschen Abmachungen ergeben, ist Donnerstag früh im Ministerium des Aeußeren zusammengetreten. Briand kehrt erst am Freitag kommender Woche aus seinem Urlaub nach Paris zurück.

Der Pariser „Matin“ berichtet die Meldungen deutscher Blätter von einem Abbau der Besatzungsgruppen nach Frankreich dahin, daß es sich ausschließlich um 900 Mann Verpfändungen handelt, die kurz vor den großen Herbstmanövern nach Deutschland überführt und erst jetzt in ihre Heimatgemeinden zurücktransportiert werden. Auch zum 1. September sei noch keine Rückführung der Besatzungsarmee vom Festlandert ausgeföhrt worden. Die nächste Sitzung des Volscherrats findet am 28. September statt.

Weitere Meutereien in Holland.

Fransjöische Blätter melden aus Amsterdam eine Zunahme der Arbeitermeutereien im Volkswirtschaftlichen Heere. Die Bewegung habe auf den letzten Jahrgang übergriffen und die Entwaffnung der Garnison Utrecht zur Folge gehabt. Dem Pariser „Journal“ zufolge ist es auch beim Regiment Haag zu schweren Unruhen gekommen, die Bewegung sei noch keineswegs abgeschlossen oder unterdrückt.

Griechenland Monarchie?

Die Londoner „Morningpost“ meldet von der griechischen Grenze: Athen und Südwestgriechenland liegt in Erwartung des für nächst erwarteten monarchistischen Aufstandes der Garnisonen Griechenlandes. In Korinth hat die Garnison gemeuert, weil sie sich weigert, dem neuen republikanischen Kommandanten anzuerkennen. Sufar ist, um Königin Georg weilt, ist Hauptzentrum der monarchistischen Agitatoren.

Die Athener Korrespondenten mehrerer Londoner Blätter, melden, man sei überzeugt, daß die Rückkehr zur Monarchie eine Frage der allerersten Zukunft sei. In Londoner diplomatischen Kreisen ist diese Auffassung auch sehr verbreitet, man erwöhnt die Tatsache, daß Venizelos sich weigerte, die Verhältnisse anzunehmen, als ein Zeichen dafür, daß auch er mit der baldigen Rückkehr des Königs rechnet.

Eine Panosammlung aus Athen bestätigt das Gerücht, daß der jetzige Wachtschreiber Konstantin sich von politischen Leben zurückziehen gedenke. Er habe in einer Briefschaft an das Hof die Entschluß bekanntgegeben. Seine Rückkehr werde jedoch bis zu den Wahlen die Gefehigte weiterföhren.

Die Londoner „Evening Times“ melden aus Belgrad: Jugoslawien und Rumänien haben sich mit der Wiedereinrichtung einer Monarchie in Griechenland einverstanden erklärt. Eine Intervention der Befanden Englands und Italiens ist im Gange.

Zur Lage in China.

Wie „Havas“ aus Peking meldet, leistet Wutshang immer noch Widerstand. Der Kommandant einer Besatzung der Stadt und habe die ausländischen Dampfer, die auf dem Yangtse geblieben Wutshang vor Anker liegen, angeschlossen, die Ufergepläne zu verlassen. Der amerikanische Admiral habe sich geweigert, den Hafen zu verlassen.

Wie die Londoner „Morningpost“ aus Shanghai meldet, sympathisieren bereits zahlreiche führende Chinesen in Shanghai mit den Kantonesen. Der ganze Feldzug gegen die Südruppen werden zum zünftigen General Galan und 250 zünftigen Etsaoffizieren geleitet. Karachan verbleibe im Komplexionat von Shanghai. Die Deposits der britischen „Pacific Petroleum Company“ seien von den Kantonesen genommen, die Deposits der amerikanischen „Standard Oil Company“ dagegen nicht angefaßt worden.

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.

Von Dr. G. W. Schiele-Kaumburg.

II.

Wie baut man eine brauchbare Schleiße?

Um eine möglichst vielseitige Erweiterung der ebenso bringenenden wie schwierigen Wohnungszwangswirtschaft, haben viele die in Betracht kommenden Organisationen gebildet, sich auch übertritten an dieser Stelle zu den Anregungen Dr. Schiele's zu äußern. Im folgenden machen wir uns auch die Aufzählung an, die die wichtigsten Aufgaben gen zu sein.

- Die Schließung.
- Wofür? Für einen sicheren Uebergang zur freien Wohnungswirtschaft. Es wird von nun an zwei Arten von Mietverträgen geben: a) solche mit gebundenem Kündigungrecht, b) solche mit freiem Kündigungsrecht. Es wird also nicht auf einmal jedem Vermieter das einseitige Kündigungsrecht zurückgegeben. Der Uebergang von der einen Vertragsart zur anderen geschieht jedesmal dann, wenn ein bestehender Mietvertrag sein Ende findet durch Tod, oder durch Umlage, oder durch freiwilliges Einverständnis. So kehren im Verlauf von 1 bis 10 Jahren die meisten Mietobjekte zur Freiheit zurück.

Das natürliche Ende wird hier verschiedentlich eintreten. Je nachdem es sich um Großstadt oder Kleinstadt handelt, um Kleinwohnung in einer Mietskolonie oder um größere Wohnung, und je nachdem die Gewohnheit der Beamtenklasse, oder zu kaufmännischen Gewerben gehören. Aber gleichgültig, wie die Geschichte des Einzelobjektes sich gestaltet, lo wird doch nach einem Ablauf von etwa 5 Jahren ein sehr großer Prozentsatz von Wohnungen gegen nur 70 Prozent — ihren Inhaber gewechselt haben. Nicht nur der Tod, nicht der Wechsel herbei, sondern auch die Umstände im Laufe von 5 Jahren sind im Haushalt, kann im Haushalt begründet. Wenn aber erst der größere Teil der Mietobjekte auf diese Weise hindurchgeschleust ist und in den freien Vertragszustand zurückgeführt ist, so ist der freie Wohnungsmarkt wieder erreicht und ein stabiler Wohnungspreis hat sich allmählich wieder gebildet.

Man darf hoffen, daß schon nach drei Jahren eine solche Stabilität des Marktes wieder eingetreten ist, wie für den natürlichen Baumarkt notwendig ist. Zur Wohnungsproduktion im Großen gehört allerdings noch mehr: ein einigermaßen auf Jahrzehnte stabil bleibender Gelddruck, ein einigermaßen stabiler Kaufkraft und Materialpreis, 3. niedrig und stabil bleibende Hypothekenzinsen, 4. Rechtsicherheit des Eigentums gegen willkürliche Eingriffe des Staates, 5. Druckmittel zur Sicherung der Mietskündigung.

Hieron ist heute nur wenig gegeben; und selbst wenn diese Sicherungen wieder da wären, je würde doch die Erinnerung der jahrelangen Gemütsleidenschaft gegen Eigentum und Unternehmung noch lange nachwirken. Staatliche Unternehmung verlangt Rechtsicherheit. Unter einer solchen und räuberischen Regierung baut man nicht. Jedoch in modernen Kulturorten ist auch die Unternehmung im Baugewerbe und Baumarke. Denn das Leben und die Unternehmung verändern es sich beständig, und darum darf auch kein Mietobjekt, nämlich der Wohnraum, nicht ein Stilles sein.

Durch das Verfahren entstehen zweierlei Arten Mieter und zweierlei Arten Vermieter. Es könnte nun sein, daß zunächst zwischen den beiden Vertragsarten eine große Mietskluft entsteht, nämlich zwischen der freien Miets, welche gegen nur auf 15 Prozent steigt, und der gebundenen, welche auf 100 Prozent steigen bleibt. Damit konnte der eine Vermieter einen großen Gewinn erzielen, andere aber nicht. Um diesen Vorzug an zu regulieren, ist die Wohnsteuer nötig.

Im Falle der gebundenen Miets wird die bisherige Haussteuer auf der gegebenen Maß weiter erhalten. Im Falle der freien Miets tritt an die Stelle eine Kommunalfsteuer, welche die Haussteuer einschließt, welche aber von der Stadtgemeinde (Kreistatsgemeinde) jährlich lo angelegt wird, das heißt die freien Miets eine erheblicher Prozentsatz, gegen nur 60 Prozent der öffentlichen Last aufgeführt wird. So höher der freie Mietpreis sich ausnahmsweise, um lo höher muß auch die Steuer sein. Die Steuer muß mit dem Sinken des Mietpreises herabsinken. Diese regulative Wohnsteuer muß bemessen sein, denn die hohen Spitzen der freien Miets könnten leicht bald verschwinden; sie muß den lokalen Verhältnissen angepaßt werden können; und darum muß sie zu einer kommunalen Einrichtung gemacht werden. Damit aber ein freier Wohnungsmarkt eine freie Verwertung überhaupt aufbauen konnte, muß dem Vermieter mindestens eine Pauschale (ein Geld) von 30 bis 40 Prozent zur freien Verwertung und Unterhaltung der Hauses überlassen bleiben. Nach und nach muß die kommunale Wohnsteuer wieder abgelassen werden.

Das Ziel ist die Freiheit. Sollte demnach bei diesem oder jenem Mietobjekt bei freier Verwertung der Preis auf 200 Prozent der Gegenwärtigen steigen, so würde die öffentliche Last 120 Prozent erhalten und 80 Prozent würde das Grundstück dem Mieter verbleiben.

